



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 31831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/III/231 - 9. Oktober 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Späte Erkenntnisse	S. 1
Volksabstimmung in Schweden	S. 3
Verpestete Luft	S. 5
Jesuiten in Klausur	S. 7
Zum Tode Karl Georg Pfeleiderers	S. 9

## Kohlepolitik in der Sackgasse

sp. Seit dem 1. Oktober 1957 - 14 Tage nach der Wahl - zahlt der deutsche Verbraucher einen höheren Kohlepreis. Er stöhnt und hat sich hilflos an eine Regierung gewandt, die er zum grossen Teil selber gewählt hat, aber diese Regierung hat sich versagt. Bisher hat man nur einen lärmenden und räschnelnden Bundeswirtschaftsminister erlebt und der Bundeskanzler hat am Dienstag vor den Fraktionsvorstand der CDU die Ansicht vertreten, dass erst das neue Kabinett überhaupt zu dem Preisproblem Stellung nehmen könne.

Nachdem der Bundeswirtschaftsminister sich gegen die Wahlfinanziers der CDU im deutschen Kohlenbergbau nicht hat durchsetzen können, hat er in dieser Woche das Luxemburger Feld besichtigt. Die Erkenntnisse, die man in Luxemburg gewonnen hat, kommen allerdings rund fünf Jahre zu spät.

Nach den Agentur-Berichten soll Erhard darauf hingewiesen haben, dass die von den Regierungen im Rahmen des Montan-Vertrages abgetretene Verantwortung auf den Preissektor nicht in luftleeren Raum schweben dürfe. Erhard soll sich weiter für Änderungen des Vertrages nach Ablauf der Übergangsperiode am 10. Februar eingesetzt haben und nach diesen Änderungen sollte es aus Gründen der Verantwortlichkeit für die ganze Wirtschaftspolitik den Regierungen gestattet werden, auf den Kohle- und Stahlmarkt von sich aus einzugreifen.

Alles das sind Erkenntnisse, die man vor fünf Jahren, als man in Bonn den Vertrag beriet, zum Zuge hätte kommen lassen müssen. Damals hat man aber die sozialdemokratischen Vorschläge verlacht und auf seinem Konzept beharrt.

Es ist wirklich interessant, die Debatte nachzulesen. In der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Januar 1952, in der man Europa beschwor, hat zu diesem Problem damals der CDU-Abgeordnete Etzel erklärt:

"Das ist doch irgendwie das Beglückende an dieser Situation, dass sechs europäische Staaten auf Souveränitätsrechte verzichtet."

ollen".

Und auf die Besorgnisse der Sozialdemokraten meinte er:

"Die Befugnisse des Rates sind so ausgestaltet, dass keine Massnahme der Hohen Behörde, die sich auf die allgemeine Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten auswirken, ohne Mitwirkung des Ministerrats als der berufenen Vertretung der Regierungen vorgenommen werden kann".

Die Fraxis dürfte in der Zwischenzeit bewiesen haben, dass diese Aussagen nicht stimmten. Die sozialdemokratischen Befürchtungen, die damals der Abgeordnete Dr. Nölting vorbrachte, haben sich voll bestätigt. Damals sagte er:

"Mit dem Schumanplan taucht das Problem der gespaltenen Volkswirtschaft auf, nach der Markspaltung, die wir schon haben, kommt jetzt auch die Wirtschaftsaufspaltung. Man verletzt damit das wichtigste Gesetz der Interdependenz der volkswirtschaftlichen Daten."

Heute jammert man über seine eigenen Unzulänglichkeiten. Man spricht von der Revision des Vertrages und vergisst dabei, dass man noch nicht einmal vor einem Jahr den sozialdemokratischen Vorschlägen gefolgt ist. Damals hat die SPD die Einsetzung eines eigenen Ausschusses gefordert, der vorsorglich die Überprüfung des Vertrages vornehmen sollte. Man hat diesen sozialdemokratischen Antrag abgelehnt und statt dessen nur einen Unterausschuss des Wirtschaftsausschusses gebilligt, der dann nicht ein einziges Mal zusammengetreten ist.

Heute tönt Erhard, dass bei der Kohle ein Kartellpreis besteht und derjenige, der das Recht bekommen habe, ihn zu fordern, sich auch gefallen lassen müsse, dass eine Kostenüberprüfung stattfindet.

Nun, die Sozialdemokraten haben im vergangenen Bundestag einen Gesetzentwurf über eine Kohlen-Enquete eingebracht, die u.a. auch die Kostenüberprüfung vorsah. Dieser Gesetzentwurf ist von der CDU bewusst verschleppt worden. Sie hat ihn durch ihre Sprecher bereits in der ersten Lesung ablehnend kommentiert, und der Bundeswirtschaftsminister hat keine Hand gerührt.

Alle diese Beispiele zeigen doch deutlich, dass die Sozialdemokraten recht gehabt haben und die Regierung und die CDU die Dinge entweder nicht verstanden oder nicht gewollt haben. Es ist geradezu eine Tragik, dass man den sozialdemokratischen Argumenten auf vielen Gebieten immer erst dann folgt, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Man muss diese Dinge heute alle dem deutschen Verbraucher sagen, damit er weiss, wo die Schuldigen zu finden sind. Man muss aber auch die Frage stellen, was Erhard zu tun gedenkt, um den deutschen Verbraucher vor einer neuen Preislawine zu schützen. Man hört zwar die Vorschläge, die Umsatzausgleichsteuer für Importkohle und für leichtes und schweres Heizöl aufzuheben. Niemand sagt aber, wann das der Fall sein kann und ob diese Massnahmen überhaupt wirksam sind. Praktisch würden sie erst dann in Kraft treten, wenn die Heizperiode vorüber ist und der Verbraucher bereits geblutet hat.

So steht der deutsche Verbraucher heute vor einem Scherbenhaufen, den er mit seiner Stimmabgabe zum Teil selbst verschuldet hat. Er zahlt und er findet auf der Gegenseite nur einen schimpfenden und räsionierenden Wirtschaftsminister vor, dessen grossen Worten die Daten bisher noch nie gefolgt sind.

Streitfrage: Ausbau der Volkspension (R.H. Stockholm)

An 13. Oktober wird in Schweden eine beratende, also nicht gesetzgebende Volksabstimmung darüber stattfinden, in welcher Form die Volkspension durch eine zusätzliche Alterspension ergänzt werden soll.

Alle Parteien sind übereins, dass die Volkspension, welche ohne Bedarfsprüfung allen Staatsbürgern zusteht, bis zum Jahre 1968 allmählich erhöht werden soll, u. zwar für Alleinstehende von gegenwärtig 2150 auf 3600 Schwedenkronen, für Ehepaare von 3440 auf 5400 Schwedenkronen pro Jahr, d.h. ca. 4320 DM. Zu diesen Grundbeträgen treten dann noch einer Bedarfsprüfung unterliegende Ortszulagen, die je nach den Mietkosten variieren. Die Volkspension ist wertbeständig, d.h. dass bei steigenden Preisen entsprechende Indexzulagen ausbezahlt werden. Die Totalkosten für diese Form der Alterspension belaufen sich derzeit auf ca. 1.400.000.000 Schwedenkronen pro Jahr/ bei nur 7.000.000 Einwohnern!/. Die Kosten dürften sich bis 1968 ungefähr verdoppeln. Die Finanzierung erfolgt zu etwa zwei Dritteln aus Steuergeldern, zu etwa einem Drittel aus einer Volkspensionsabgabe/derzeit 2,5 Prozent des taxierten Einkommens 1968: 5 Prozent/.

Diese Volkspension soll nun durch eine zusätzliche Pension ergänzt werden, die dem Einkommen angepasst wird und mit Prämienzahlungen finanziert wird. Zur Abstimmung stehen drei Alternativen:

Die Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsbund empfehlen eine wertbeständige Zusatzpension, die durch Gesetz vom 67. Lebensjahr an allen Lohn- und Gehalts-Empfängern zuteil werden soll und deren Höhe zusammen mit der Volkspension mindestens 65 Prozent des Durchschnittslohnes der zehn besten Erwerbsjahre betragen soll. Unternehmer, freie Berufe und Landwirte können sich freiwillig diesem Pensionssystem anschließen. Die Finanzierung soll hauptsächlich durch Prämienzahlungen der arbeitenden Generation, z.T. aber auch aus dem Betrag eines Versicherungsfonds erfolgen, der in der Einführungszeit des neuen Systems, wenn die Pensionszahlungen noch geringer sein sollen, aus Prämienüberschüssen erspart werden soll. Dieser Fonds soll bis 1990 die Höhe von 50 - 60 Milliarden Schwedenkronen erreichen. Wer über ihn verfügt, erhält einen

entscheidenden Einfluss auf den schwedischen Kapitalmarkt. Die Prämien, welche zur Gänze von den Arbeitgebern getragen werden sollen, würden die wichtigste Sparform in Schweden werden. Aus dem Fonds könnten die riesigen Investitionen finanziert werden, die bei der Erschliessung der Atomkraft für friedliche Zwecke und bei der Einführung der Automation in den nächsten Jahrzehnten erforderlich sein werden.

Die liberale Volkspartei und die Konservativen haben einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, laut welchem die Prämienbeträge bei den Unternehmen verbleiben. Statt einen gesetzlich verbürgten Pensionsanspruch sollen die zusätzlichen Alterspensionen in Verhandlungswege zwischen den Sozialpartnern, also durch Kollektivabkommen, oder durch andere gruppenweise Vereinbarungen eingeführt werden. Statt einem einheitlichen Pensionsystem würden demnach Hunderte verschiedenartiger Abkommen entstehen, wobei die weniger starken Gewerkschaften, deren Mitglieder schon jetzt durch niedrigere Löhne benachteiligt sind, auch in der Pensionsfrage den Kürzeren ziehen würden. Die eingezahlten Prämien würden nicht so angelegt, wie es im Gemeininteresse notwendig wäre, sondern wie es dem individuellen Profitinteresse der einzelnen Unternehmer entspricht. Überdies wären die Prämieinzahlungen auf diese Weise mit einem direkten Unternehmerrisiko belastet.

Ausser diesen beiden Vorschlägen liegt ein agrarischer Antrag vor, welcher über die Volkspension hinaus nur individuelle Zusatzversicherungen mit staatsgarantierter Wertbeständigkeit bis zum Höchstbetrage von 3000 Schwedenkronen pro Jahr empfiehlt.

Ministerpräsident Erlander hatte, als die bürgerlichen Parteien eine Volksabstimmung über diese Pensionsfrage forderten, erklärt, dass die Pensionsfrage mit ihren komplizierten volkswirtschaftlichen Zusammenhängen wohl zu jenen Problemen zählt, die sich am allerwenigsten für eine Volksabstimmung eignen. Die Regierung beugte sich aber schliesslich dem Wunsche der bürgerlichen Opposition. Die Vereinfachungen und Entstellungen der seither entfesselten Propaganda beweisen nur zu deutlich, wie recht Erlander hatte. Eine Prognose ist unmöglich. Erfreulicherweise wird die Volksabstimmung nur einen beratenden Charakter haben. Bevor der Reichstag beschliesst, werden wohl die Fachleute noch viele offene Fragen zu bereinigen haben.

### Fabrikschlote dürfen weiterqualmen

Alljährlich rieseln über eine Million Tonnen Staub und andere industrielle Ausscheidungen wie Rauch, Russ, Asche, Dampf oder Gas auf die Dörfer und Städte Westdeutschlands. Der Bundesregierung ist diese Tatsache bekannt. Sie gibt offen zu, die Verunreinigung der Luft habe in zahlreichen Gebieten einen Grad erreicht, der unzumutbar und durch gesetzliche Massnahmen zu bekämpfen sei. Trotzdem hält sie es nicht für angebracht, den Entwurf eines spezifischen Reinhaltungs-Gesetzes vorzulegen, da "hierfür keine ausreichenden Beurteilungsgrundlagen zur Verfügung stehen."

Man muss diese Erklärung zweimal lesen, um versichert zu sein, keinem Irrtum zu unterliegen. Es ist nahezu grotesk, wenn bereits der im Jahre 23 n. Chr. geborene römische Gelehrte Plinius von gewerbehygienischen Massnahmen zur Staubbekämpfung berichtet, während heute im 20. Jahrhundert trotz fortgeschrittener Technik immer noch jeder Industriebetrieb seine Abgase und Staubausscheidungen ungestraft in den Luftraum entsenden darf. Einfach deshalb, weil der Bundesregierung angeblich die geeigneten "Beurteilungsgrundlagen" fehlen.

Die Bundesregierung sollte wissen, dass es in Frankreich schon seit langen das "Gesetz Moricot" gibt, das im einzelnen recht genaue Auflagen über die Staubverhütung und den Mindest-Reinhaltungsgrad der Luft kennt. In den Vereinigten Staaten werden umfangreiche Abwehrmassnahmen gegen die Luft- und Wasserverunreinigung durchgeführt. In England arbeitet ein elfköpfiger Sachverständigenausschuss der Regierung an Empfehlungen zur laufenden Verringerung der Luftverunreinigung. Seine Berichte sind jedermann zugänglich. Die Bundesregierung hätte sich also durchaus genügend Informationen zur Ausarbeitung eigener Gesetzesvorschläge beschaffen können.

In Wahrheit aber beugt sich die Bundesregierung dem entschiedenen Widerspruch der Industrie gegen ein gesetzliches Verbot der Luftverpestung. Der Siedlungsverband Ruhr-Kohlenbezirk hat bereits vor Jahren einen Gesetzentwurf zur Diskussion gestellt, der die Bildung von Luftreinhaltungs-Genossenschaften nach dem Muster der Abwassergenossenschaften vorschlug. Obwohl die Ähnlichkeit der Aufgabenstellung unverkennbar ist, lehnte der Bundesverband der Deutschen Industrie derartige "Zwangsregelungen" ab und empfahl statt dessen die "Selbstverantwortung der Beteiligten" als ausreichende Schutzmassnahme.

Diese "Eigenverantwortlichkeit" der Unternehmer und ihrer Verbände beschränkte sich bislang auf die Bildung eines Sonderausschusses "Industrielle Immissionstechnik", der zwar hin und wieder mit einigen Dokumentationen an die Öffentlichkeit getreten ist, eine praktische Aktivität jedoch völlig vernachlässigte. Die Fabrikschlote qualmen unentwegt weiter.

Dabei ist offenkundig, dass das Problem der Staubseparation in technischer Hinsicht kaum Schwierigkeiten bietet. Nur wenige Staubarten können sich einer einwandfreien Kontrolle entziehen. Aber viele, die ohne weiteres zu beseitigen wären, werden täglich in den Luftraum entsandt, in dem zwar jeder leben muss, den aber nur die Staub-Erzeuger verschmutzen, weil sie sich die Kosten einer möglichen Reinigung ersparen wollen. Die Bundesregierung ist nicht gewillt, diesen krassen Egoismus der Unternehmer im Interesse der grösseren Allgemeinheit in seine Schranken zu verweisen. (Entnommen aus der "Kommunalpolitischen Rundschau" für das Land Hessen.)

+ +  
+

#### Anfahrt zur Arbeit: 450 Kilometer

450 Kilometer - die Entfernung von Wiesbaden bis nach Berlin - müsste ein Bauer im Oberlahnkreis zurücklegen, wenn er alle seine Parzellen aufsuchen wollte. Dabei besass er nur zehn Hektar Land.

Wie das möglich war? Ganz einfach: sein Land war in 125 kleine Teile weit verstreut. Auf diesen Wegen zur Arbeit gingen ihm viel Arbeitszeit und Arbeitskraft verloren - bis durch die Flurbereinigung seine zehn Hektar in einige grosse Stücke zusammengefasst wurden. Aus handtuchbreiten Ackerstreifen wurden ansehnliche Felder, auf denen er jetzt mit modernen Maschinen rationeller arbeiten und höhere Erträge erzielen kann.

Dieses Beispiel ist eines von vielen. Seit Jahren wird in Hessen die landwirtschaftliche Nutzfläche mit grosser Erfolg flurbereinigt. Bis Anfang 1957 waren es über 910 000 Hektar oder 52 Prozent. Die restlichen 200.000 Hektar sind in diesen und in den nächsten Jahren an der Reihe, so dass sämtliche Äcker, Felder und Weiden voraussichtlich bis 1967 erstbereinigt sind.

Die hessische Landesregierung hat seit Kriegsende mehr als 25 Millionen Mark an Zuschüssen und Darlehen für diese Aufgabe ausgegeben. Erfolg: Hessen steht in der Flurbereinigung an führender Stelle im Bundesgebiet und wird diesen Platz auch beibehalten.

+ +  
+

### Das Tauwetter und seine Folgen

N.H. Alle jene, deren aufgrund ihrer verständlichen demokratischen Tageduld der Prozess der wirtschaftlichen und politischen Entstalinisierung und damit der Entbürokratisierung und der für die Menschen der kommunistischen Staaten fühlbaren Lockerung der Fesseln des Terrores so langsam vor sich geht und die erwarten, dass eine solche ebenso beachtenswerte wie bedeutende Entwicklung gradlinig ohne innen- und ausserpolitisch bedingte Hürden und Hindernisse verläuft, seien auf die kürzlich stattgefundene Generalkongregation des mächtigsten und einflussreichsten katholischen Ordens der "Gesellschaft Jesu" verwiesen. Die kirchenpolitische Macht der Jesuiten findet in den folgenden Zahlen ihren Ausdruck: Während in Jahre 1931 insgesamt 22.000 Ordensmitglieder gezählt wurden, sind es jetzt 25.000. Diese setzen sich aus 17.000 Priestern und 8.000 Novizen, Studierenden und Brüdern zusammen. Die Zahl der Provinzen und Unterprovinzen wird mit 69 angegeben, zu denen sich noch 1.200 "Häuser" gesellen, die in der ganzen Welt Stützpunkte bilden. Die wissenschaftliche Tätigkeit der Ordensmitglieder umfasst alle Gebiete der Geistes- und Naturwissenschaften; die literarische 1.112 Zeitschriften in 50 Sprachen mit einer Gesamtauflage von 150 Millionen Stück. Ausserdem leiten die Jesuiten 33 Universitäten, von denen 14 in den Vereinigten Staaten sind. Von den oben erwähnten Provinzen befinden sich 3 in Deutschland: Niederdeutschland mit dem Sitz in Köln; Oberdeutschland mit dem Sitz in München und Ostdeutschland mit dem Sitz in Berlin.

Das Jesuiten-Organ "CIVILITA & CATHOLICA" überragt an politischer Bedeutung das Vatikan-Blatt "OSSERVATORE ROMANO".

### Von Ignatius von Loyola bis Pater Leppich

Manchem Gläubigen fiel es des öfteren in den letzten Jahren schwer, sich mannigfachen Wegen, den die Prediger und Priester der beiden christlichen Kirchen zur Verbreitung und Festigung des Glaubens beschritten haben, zu folgen.

Da wird zum Beispiel sehr ernsthaft diskutiert, ob man religiöse Gesänge in Form von Schlagerliedern an die Gläubigen heranbringen soll (Nr. 1), wie dies in USA üblich ist. Eys Assia und Rolf Bendix - diese bekannten Schlagerinterpreten - versuchten es schon mit "frommen Songs". Der katholische Kaplan Paul Gail aus Köln schrieb einer Gesellschaft, die sich mit der Herstellung von Schallplatten mit religiösen Schlagern beschäftigt, unter anderem: "Ich vermute, dass die Lieder bei vielen Zeitgenossen gut "ankommen"..... Ich freue mich über Ihren Text." (Nr. 2)

Wir kennen "Gottes Flammenwerfer" - welche schreckliche Waffen, mit denen Gott bedacht werden soll, - Billy Graham, der mit seinen sehr weltweiten Ansprachen, wie zum Beispiel: "Das deutsche Wirtschaftswunder ist der sichtbare Lohn für die gläubige christliche Haltung der ganzen Bevölkerung" (Nr. 3) in einer einem Zirkus gleichenden Atmosphäre ebenfalls Gottes Wort interpretiert.

Paver Tompari in Italien ist bestrebt, mit Hilfe seiner ausserordentlichen rhetorischen Leistungen seine These: "Die Welt braucht Liebe, weiter nichts" zu popularisieren und Abbé Pierre in Paris ist

-8-

durch seine Geläsammlungen für die Armen dieser Stadt bekannt geworden. Andere Wege wiederum geht Pater Wilhelm Kessing vom Volksmissionshaus "Nazareth" in Wanne-Eickel. Er versucht mit Hilfe netter harnloser Sauberkunststücke Menschen zu unterhalten und der Kirche näherzubringen.

Über Pater Duval, der mit seinen Liedern zur Laute in Paris in Grossveranstaltungen auftritt, schrieb ein französischer Musikkritiker: "Er ist unser Elvis Presley". Die von ihm vorgetragenen Songs umfassen ebenso Volkslieder als Rock'n Roll. Von seiner erfolgreichsten Schlagerplatte wurden 50.000 Stück abgesetzt.

Mit Pater Leppich, der durch seine ebenso vulgäre als demagogische Sprache bekannt wurde, und dessen Veranstaltungen als religiös getarnte politische Kundgebungen mit antigewerkschaftlicher und antisozialistischer Propaganda gelten können, sei die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Aufstellung der Glaubensverkünder abgeschlossen.

Wir sehen, wie viele Variationen das kirchliche Leben etwa von der Zeit des berühmten Wiener Hofpredigers Abraham a Santa Clara (1644-1709) bis zu den Schimpfkanonaden Pater Leppich's und den Schlagergesängen Pater Duval's, die beide der Jesuiten angehören, erfahren hat.

#### Es geht um mehr!

Doch geht es gegenwärtig im kirchlichen Leben um mehr als um diese teils nutigen und teils unstrittigen Formen des Auftretens der für den Glauben werbenden Priester in der Öffentlichkeit.

Dass im Rahmen der katholischen Kirche auch um das Problem der Arbeiterpriester gerungen wird; dass man über die Ordenstrachten der geistlichen Schwestern diskutiert; dass massgebende katholische Schriftsteller in Frankreich literarische Probleme behandeln, die bisher als tabu galten, dies alles sind Erscheinungen eines beginnenden kirchlichen Tauwetters.

Doch wünschen Teile der politischen und geistigen Elite sowohl in den kommunistischen Staaten als auch im grossen Staate der Kirche, dass aus dem Tauwetter neue erfrischende Impulse einem Frühling gleichend erwachsen würden. In beiden Fällen geht die Entwicklung der herrschenden Hierarchie - in Rom und in Moskau -, die aus den verschiedensten Gründen notgedrungen oder freiwillig den milderen Tau akzeptieren, dieser eigenwillige Frühlingwind zu weit. - Er geht ihnen selbstverständlich dann zu weit, wenn der Ansturm des Neuen an den Grundfesten ihres Prinzips rüttelt oder wenn sie auch nur die geringste Gefahr einer solchen Bedrohung zu ahnen glauben. Das zu rasche Blühen der Blüten würde aus verständlichen Gründen der Selbsterhaltung und der Angst, es könnte einem überstürzten Aufblühen Unordnung und Anarchie folgen, Einhalt geboten. Deshalb wandten sich Chruschtschow und Mao-Tse-tung dagegen und damit ist es das weitere zu erklären, dass 1957 der VI. Kongress der seit 1534 bestehenden "Gesellschaft Jesu" einberufen wurde. In der Eröffnungssprache von Papst Pius XII kam, wie die sicherlich gut informierte Zeitung "Christ und Welt" berichtet, die bestehende Spannung zwischen dem Heiligen Stuhl und der mächtigen religiösen Kongregation zum Ausdruck. Mit einer nicht zu überschenden Deutlichkeit wandte sich der Papst in seiner Kritik an die Jesuiten gegen den "Hochmut der freien Urteilsmeinung", die "eher heterodoxen als katholi-

-9-

schen Geistes ist.". In der gleichen Richtung liegt die päpstliche Bemerkung, "man solle jene nicht dulden, denen die kirchliche Zucht als antiquiert oder, wie sie sagen, als hohler Formalismus erscheint."

Unter anderen wurde diese in der Geschichte des Ordens so seltene Zusammenkunft einberufen, um über die "Anpassung der Ordensregeln an die Erfordernisse der modernen Zeit zu beraten." Dieses beginnende Tauwetter im kirchlichen Leben, das sich in noch stärkerem Masse bei den Dominikanern bemerkbar macht, rief den Papst auf den Plan, der sich mit aller Schärfe dagegen wandte.

Wer die weltweite Bedeutung des ungeachtet vieler Hemmnisse beginnenden Tauwetters im Krenal und im kirchlichen Raum erkannt hat, der kann nur wünschen, dass dieses - wenn auch mit vielen Pausen und Unterbrechungen - zu einem lebensbejahenden Frühling wird, denn in beiden Fällen wird dieses Tauwetter - in weiterer Perspektive betrachtet - zu einer möglichen Verständigung mit der demokratischen Arbeiterbewegung beitragen.

+ - +

#### Ein hochverdienter Mann

sp. Das politische Deutschland hat einen schweren Verlust zu beklagen und es ist um einen hochbegabten Diplomaten und Politiker und um einen guten Deutschenärmer geworden. An der Bahre Karl Georg Pfeleiderers trauern alle, die Mut zu unabhängigen Denken und charakterliche Lauterkeit zu schätzen wissen. Dieser Sohn Schwabens besass in reichem Masse all die Eigenschaften, die nötig sind, dem neuen Deutschland Freunde und Vertrauen zu erwerben, weil er von jeder nationalistischen Überheblichkeit absolut frei war. Der Öffentlichkeit wurde Pfeleiderer bekannt, als er 1952 eigene Gedanken zur Wiederherstellung der deutschen Einheit entwickelte und in einer berühmt gewordenen Denkschrift niederlegte. Seine Hauptsorge galt der Normalisierung der Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn, sein Wort von den weissen Flecken auf der diplomatischen Landkarte machte seinerzeit die Runde durch die Weltpresse. Karl Georg Pfeleiderer besass den moralischen Mut, seine Überzeugungen auch dann zu vertreten, wenn sie nicht im Einklang mit denen seiner politischen Freunde standen. So stimmte er als einziger Abgeordneter der FDP im März 1953 gegen den Deutschlandvertrag und gegen die europäische Verteidigungsgemeinschaft. Er hatte ein Gespür für die weltpolitischen Veränderungen und für die sich daraus ergebenden Folgerungen für die deutsche Politik. Der Tod riss ihn mitten aus einem arbeitreichen, dem Völkerverständigung und der Völkerverständigung gewidmeten Leben; das noch zu grossen Hoffnungen und noch grösseren Leistungen berechtigte. Das deutsche Volk hat allen Anlass, im Trauer dieses Mannes zu gedenken, der durch sein Wirken die neue deutsche Demokratie ehrte. Dieser Verlust trifft uns alle.

+ +

+

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel